

**Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis Deutschland**

**Rückforderung von Personal- und Krankheitskosten nach Dienstunfällen öffentlich Bediensteter mit Fremdverschulden**

In den letzten Jahren sind in Bremen und Bremerhaven immer mehr Vollzugs- und Vollstreckungsbeamte sowie Rettungskräfte Opfer körperlicher Angriffe geworden. Allein die Zahl der Attacken auf Polizeibeamte im Land Bremen ist zwischen 2022 und 2023 von 345 auf 394 Fälle gestiegen, was einer Zunahme von 14,2 Prozent entspricht.

Jeder Übergriff auf öffentlich Bedienstete ist immer auch ein Angriff auf den Staat und unsere Gesellschaft und muss aus Sicht der Fraktion Bündnis Deutschland konsequent geahndet werden.

Zusätzlich zu den strafrechtlichen Sanktionen müssen auch die Kosten der Heilbehandlung und der Rehabilitation, die im Rahmen der Dienstunfallfürsorge zunächst vom Dienstherrn zu tragen sind, auf die Verursacher abgewälzt werden. Das gilt nicht nur bei vorsätzlichen Übergriffen, sondern auch bei Körperverletzungen infolge von Unfällen, die von Dritten fahrlässig verschuldet wurden. Auch in diesen Fällen muss es im Interesse der öffentlichen Hand liegen, den Verantwortlichen die entstandenen Sach- und Personenschäden sowie die Kosten für Arbeitsausfallzeiten in Rechnung zu stellen.

In diesem Zusammenhang fragen wir den Senat:

1. Wie viele Dienstunfälle von
  - a) Polizeivollzugsbeamten
  - b) Justizvollzugsbeamten
  - c) Gerichtsvollziehern
  - d) Beamte der Berufsfeuerwehren in Bremen und Bremerhaven
  - e) Rettungssanitätern

durch die Einwirkung Dritter, die einen Dienstabbruch oder einen krankheitsbedingten Ausfall der betroffenen Beamten zur Folge hatten, sind im Zeitraum zwischen 2019 und 2023 aktenkundig geworden? Bitte die Zahl der Dienstunfälle nach Jahren und den o. g. Berufsgruppen untergliedern.

2. In wie vielen der unter Frage 1 genannten Fälle wurden Strafanzeigen gegen die mutmaßlichen Verursacher erstattet? Bitte die Zahl nach den in Frage 1. aufgeführten Jahren und Berufsgruppen getrennt ausweisen.
3. Wie hoch waren die Kosten, die den bremischen Gebietskörperschaften infolge der Dienstausfallzeiten aus Frage 1. zwischen 2019 und 2023 entstanden sind? Bitte die Kosten getrennt nach Berufsgruppen und Jahren ausweisen.

4. Welche Kosten für die medizinische Behandlung (Heilbehandlung) und die Rehabilitation der Opfer aus Frage 1. sind im o. g. Zeitraum angefallen? Bitte die Zahl getrennt nach Jahren und Berufsgruppen nennen.
5. In wie vielen der Fälle aus Frage 1. wurden die Kosten, die aus der Schädigung von öffentlich Bediensteten durch Dritte resultierten, vom Dienstherrn gegenüber den Verursachern geltend gemacht? Bitte die Fälle nach Jahren und jeweiliger Berufsgruppe ausweisen.
6. Welche Schadenssumme wurde den Verantwortlichen zwischen 2019 bis 2023 in Rechnung gestellt und welcher Gesamtbetrag konnte bislang eingetrieben werden? Bitte getrennt nach Jahren und die Höhe der Beträge für die einzelnen Berufsgruppen angeben.
7. Wie viele Verfahren, die zwecks Erstattung von Personal- und Sachkosten zwischen 2019 und 2023 eröffnet wurden, sind zwischenzeitlich befristet oder unbefristet niedergeschlagen worden, und was waren die Gründe dafür? Bitte die Zahl unterteilt nach Jahren und Gründen ausweisen.

**Beschlussempfehlung:**

Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland